

Nordseekonferenzen

Autor(en): **Illmann, Bernd**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **7 (1985)**

Heft 24

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652796>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Gut drei Monate ist es her, da befaßten sich in Bremen kurz nacheinander zwei internationale Konferenzen mit den Problemen der Nordseeregion: die Aktionskonferenz Nordsee (AKN) der Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände am 27./28.10.1984 und die Internationale Nordseeschutz-Konferenz (INSK) der Umweltminister aller Nordseeanrainer am 31.10./1.11.1984. Die AKN konnte in der Sache Maßstäbe setzen, an denen die INSK – auch von vielen Medien – gemessen wurde. Die Konsequenz: Allgemein wurde die INSK als Flop, als Alibirunde eingestuft.

Es ist schön, an dieser Stelle schreiben zu können, daß nicht zuletzt die WECHSELWIRKUNG und ihr Autor Matthias Tomczak daran mitgewirkt haben: „Die AKN wirft die richtigen Fragen auf. Es ist schade, daß sie auf halbem Wege halt macht . . . Sie sollte einen europäischen Rahmenplan für die Umweltverbesserung des Nordseeraumes fordern. Die Gelegenheit ist günstig; die Adressaten versammeln sich nur drei Tage später . . . Wenn man sie mit den richtigen Forderungen konfrontiert, werden sie es schwer haben, sich mit allgemeinen Phrasen . . . aus der Affaire zu ziehen.“ Diese Sätze hatte Tomczak in Heft 22 der WW den Veranstaltern der AKN ins Stammbuch geschrieben. In fast allen Info- und Pressemappen, die zur AKN verteilt wurden, lagen Kopien der WW-Berichte; Tomczaks Artikel wurde gar in der Konferenz-Zeitung (Auflage 50.000) nachgedruckt.

Und das Ergebnis? Nicht genug damit, daß die Forderung nach besagtem Rahmenplan zentrales Postulat der etwa 700 AKN-Teilnehmer aus dem In- und Ausland geworden ist – das Ergebnispapier der AKN enthält zudem eine Vielzahl detaillierter Punkte, die in einem solchen Rahmenplan berücksichtigt werden sollen und müssen. Tatsache ist auch, daß die Minister sich mit „allgemeinen Phrasen“ im Sinne Tomczaks aus der Affäre gezogen haben und genau dafür in der Öffentlichkeit getadelt worden sind.

Absichtserklärungen und Symptomkuriererei

Auf die Ergebnisse der INSK hier ausführlich einzugehen, fehlt der Platz. Die Fleißarbeit der Minister an dieser Stelle wiederzugeben erscheint zudem wenig sinnvoll. In dem vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen „Bulletin“ (Nr. 133/S. 1169 ff./6. Nov. 1984) ist das gesamte Dokument samt Anhang und Reden abgedruckt, eine Postkarte (Adresse: Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1) dürfte genügen, um das Papier, vermutlich kostenlos, ins Haus zu bekommen. Wichtiger erscheint mir an dieser Stelle eine zumindest grobe Einschätzung. Die beinahe detailliert zu nennende Aufzählung von Problemen der Nordsee samt der darin enthaltenen Lösungsvorschläge – natürlich unter dem ausschließlichen Aspekt der ökonomischen Nutzung und Ausbeutung dieses Ökosystems

– kann politisch äußerst nützlich sein. Man kann diese Ergebnisse den beteiligten Regierungen immer und immer wieder vorhalten, man kann sie unter öffentlichen Druck setzen mit der Forderung, das umzusetzen, was sie da unterschrieben haben. Dieses Vorgehen darf nicht zur Selbsttäuschung werden: Es fehlen in dem Minister-Papier fast alle Ansätze, die für eine gesamteuropäische integrierte Strukturplanung oder für eine sozialverträgliche Umweltpolitik im Nordseeraum notwendig wären. Es gibt aber in dem INSK-Dokument gleichzeitig viele Absichtserklärungen in Richtung Symptomkuriererei, die zumindest Anfangsmarkierungen auf dem richtigen Weg sein können und deshalb im nationalen Maßstab als politisches Druckmittel verwendbar sind.

„Die Deklaration“, kommentierte eine bürgerliche Tageszeitung die INSK-Ergebnisse, „sollte ernstgenommen werden, ohne ihre Fehler und Auslassungen zu verschweigen. Wenn Umweltschützer ebenso geschickt taktieren wie die INSK, könnte das Abschlußdokument den Ministern auf die eigenen Füße fallen.“

Allerdings: Das setzt auf Umweltschützerseite ein systematisches, koordiniertes und somit schlagkräftiges Vorgehen voraus – und eben damit hapert es zur Zeit noch sehr stark. Die AKN selbst war zweifellos ein Erfolg. Das Ergebnispapier, das dem Schlußplenar als Resultat der Arbeitsgruppen vorlag, war nach Ansicht der Koordinatoren von einer Radikalität und Vollständigkeit geprägt, daß der eigentlich zur Beschlußfassung vorbereitete Entwurf eines „Nordsee-Memorandums“ zurückgezogen werden mußte. Die Arbeitsgruppen-Ergebnisse hatten sich so kurzfristig (über Nacht) nicht in den Entwurfstext einarbeiten lassen. Und auch sonst sorgte die AKN für positive Überraschungen, beispielsweise durch zahlreiche Beteiligung qualifizierter Wissenschaftler in den AGs. Selbst der Aufruf an die DGB-Gewerkschaften hatte zumindest einen kleinen Erfolg. Der Landesbezirksvorstand Niedersachsen in Hannover hatte – mit Billigung des Bundesvorstands – seinen Umweltschutzbeauftragten zur AKN entsandt. Am Rande der Konferenz wurde sogar längerfristige Zusammenarbeit vereinbart. Last, not least: Auch die INSK konnte noch mit einigen wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet werden. Das trug ebenfalls zur weiteren Publizität der AKN-Ideen bei.

Wie geht es weiter?

Nur: Seither ist – salopp gesprochen – „Sense“! Der Beschluß der Veranstalter-Verbände vom 21. Januar 1984 lautete auf Veranstaltung einer Gegenkonferenz zur INSK, nicht mehr und nicht weniger. Viele Verbände aber haben diesen Beschluß in der Praxis nie umgesetzt – man hat sein Scherflein bezahlt und sich ansonsten um wenig bis nichts gekümmert. Das zeigte zum einen, daß vielen traditionellen Naturschutzverbän-

den („Greenpeace“ eingeschlossen) Umweltschutz oft eher ein Vehikel für Profilierung und Spendenakquisition als für wirksame Politik bedeutet. Zum anderen aber führte es dazu, daß Einzelpersonen aus Bürgerinitiativen, aus Wissenschaft und Gewerkschaften im Koordinationsausschuß das Heft in die Hand nahmen. Die Vorbereitung lief, wenn auch vielleicht nicht so, wie manch ein „Traditioneller“ sich das vorgestellt hatte: Sie lief nämlich politisch, und zwar zum Teil auch gegen den Widerstand einzelner Verbandsvertreter.

Die AKN fand statt, und sie verabschiedete Ergebnisse, die in gewisser Hinsicht eine Kampfansage an traditionellen Naturschutz bedeuten – nicht Symptomkuriererei und moralische Empörung über kranke Fische und tote Vögel, sondern politische und ökonomische Konzepte sind gefordert. Prompt zeigte sich nach der AKN, daß das Bündnis ein rein formales und für einen einmaligen Zweck bestimmtes gewesen ist, aber keine politische Aktionseinheit. Als die Koordinatoren im November die Verbände schriftlich aufforderten, durch Unterstützung und Finanzierung ein Weiterleben der AKN als Koordinationsinstanz zur Umsetzung der AKN-Ergebnisse zu ermöglichen, reagierten (neben dem BBU, der fast pleite ist) nur zwei: der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die „Werkgroep Noordzee“ in Amsterdam. Alle anderen schwiegen sich aus bzw. ließen gar unter der Hand durchblicken, daß ein Fortexistieren dieser AKN nicht in ihrem Interesse liege.

Die Folge: Bis zum Redaktionsschluß dieses Artikels (14.1.) ist nicht absehbar, ob und wie es weitergeht. Bis heute liegt keine zusammenfassende Auswertung der AKN-Ergebnisse vor, bis heute fehlt die Zuständigkeit für Koordination weiterer politischer Initiativen oder gar nur für organisatorische Hilfestellung. Einige der ehemaligen Koordinatoren erwägen zur Zeit, die AKN als eigenständigen Verein auf der politischen Grundlage des Zehn-Punkte-Programms (vgl. WW 22, S. 49) und der AKN-Ergebnispapiere weiterleben zu lassen. Ein solcher Verein aber würde mit Sicherheit von vielen Funktionären (und Pöstchenverwaltern) der traditionellen Verbände als direkte Konkurrenz verstanden. Ein solcher Verein, das ist klar, kann somit nur so stark werden, wie viele, viele aktive und fördernde Mitglieder aus den Bürgerinitiativen, aus der Wissenschaft, aus den Gewerkschaften ihn machen. Im Interesse der richtigen Ansätze, die in der WW umrissen und von der AKN selbst als Forderungskatalog konkretisiert worden sind, bleibt zu wünschen, daß das klappt.

Die Nordsee und ihre Küstenregionen können eine solche neue Umweltschutzpolitik ebenso brauchen, wie andere Bereiche sich daran hervorragend orientieren können.

Die Ergebnisse und Forderungen der Aktionskonferenz Nordsee können vorerst angefordert werden bei:

Peter Willers
Suhrfeldstr. 155
2800 Bremen 1

Bernd Illmann

